

Monika Sigmund

Selbstbestimmtes Leben im Widerstreit politischer Interessen. Die Hafensstraße und das „Wunder“ von Hamburg

Stichtag: 17. November 1987 - Die befürchtete gewalttätige Auseinandersetzung zwischen den Bewohnern der besetzten Häuser an der Hafensstraße und dem Staat wird vermieden, weil in letzter Minute eine Übereinkunft der Bewohner mit dem Hamburger Senat zustande kommt. Am nächsten Tag beginnt der Abbau von Befestigungen und als Wurfgeschosse angesammelte Pflastersteine werden wieder zurückgelegt.

Noch am Morgen des 17. November 1987 schien in Hamburg-St. Pauli am nördlichen Hafенrand eine gewalttätige Auseinandersetzung unausweichlich: Mit gemischten Gefühlen blickten die Bürger der Stadt auf die dort seit Oktober 1981 besetzten Häuser, die zu Trutzburgen ausgebaut worden waren, flankiert von Barrikaden in den umliegenden Straßen, mit Bewohnern und Sympathisanten, die keinen Zweifel daran gelassen hatten, die Häuser notfalls auch militant verteidigen zu wollen. In der Stadt waren 6.000 Einsatzkräfte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zusammengezogen worden und warteten auf den Einsatzbefehl zur Räumung. In den Wochen und Monaten zuvor waren immer wieder Vermittlungsinitiativen gescheitert und Ultimaten verstrichen.¹

Mittags trat Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) vor die Presse. Nachdem er im Senat mit seinem Verhandlungskonzept auf den Widerstand sozialdemokratischer Hardliner wie Innensenator Volker Lange und Bausenator Eugen Wagner gestoßen war, trug er nun überraschend eine „persönliche Erklärung“ vor. Er forderte die Bewohner auf, einen Architekten ihres Vertrauens zu benennen, der gemeinsam mit einem Senatsvertreter die „Entfestigung“ der Häuser überwachen sollte, innerhalb der nächsten zwei Tage Straßen und Gehwege zu räumen und dann die Gebäude auch innen wieder zugänglich zu machen. Dann werde der Senat einen Anfang Oktober ausgehandelten Pachtvertrag unterschreiben, und eine Räumung werde unterbleiben. Als Garantie für diese Zusage gab Dohnanyi sein Wort und warf, wie er es formulierte, sein Amt in die Waagschale. Konkret bedeutete dies: Sollte der Senat diese Entscheidung – die der Bürgermeister nach der Hamburger Verfassung nicht eigenständig umsetzen konnte – nicht mittragen, träte er zurück.²

Mit diesem ungewöhnlichen Alleingang erreichte Dohnanyi, der persönlich spätestens 1985 zu der Überzeugung gelangt war, am Hafенrand auf Erhaltung statt auf Abriss zu setzen und sich Ende Juli 1987 zum Entsetzen der Opposition mit einer Delegation der Bewohner im Rathaus getroffen hatte,³ was kaum noch jemand für möglich gehalten hatte: eine friedliche Lösung des Konfliktes. Am Abend des 17. November stimmten Bewohner und Unterstützer

¹ Vgl. die von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP auf der einen und der - in ihrer Argumentation natürlich diametral entgegengesetzten - Opposition aus CDU und der GAL auf der anderen Seite geprägten Bürgerschaftsdebatten Ende September 1987 und am 11. November: Stenographische Berichte der Bürgerschaft zu Hamburg, 13. Wahlperiode, 30.9.1987, S. 313-330, 11.11.1987, S. 586-615. - Selbstverständlich wurden die Stadt Hamburg sowie die besetzten Häuser von Männern und Frauen bewohnt und die Bewohnerinnen und Bewohner von Männern und Frauen unterstützt. Zur besseren Lesbarkeit wird im Text das generische Maskulinum verwendet.

² Vgl. Erklärung des Bürgermeisters, in: *Hamburger Abendblatt (HA)*, 19.11.1987, S. 4. Vgl. zum Widerstand innerhalb des Senats gegen Dohnanyi: Hafенstraße: „Sie sind das C in der SPD“, in: *DER SPIEGEL* Nr. 48 (23.11.1987), S. 24-31, hier S. 27, 31.

³ Vgl. Joist Grolle, Der Hamburger Hafенstraßenkonflikt und der Geisterkrieg um die Vergangenheit, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 91 (2005), S. 133-158, hier S. 139, 142.

dem Angebot des Bürgermeisters zu und verlasen unter großem Beifall auf dem „offenen Plenum“ eine Erklärung, in der sie zusagten, mit dem Abbau der Barrikaden und Befestigungen am 18. November um 8 Uhr morgens zu beginnen. Um in den Stunden danach vor „Provokationen und Angriffen“ der Sicherheitsorgane geschützt zu sein, sollten möglichst viele Menschen in die Hafenstraße kommen.⁴ Am 19. November setzte Dohnanyi seine Unterschrift unter den Pachtvertrag zwischen dem Senat und dem Verein Hafenstraße. Der Vertrag regelte für die neun Häuser in der Hafenstraße 106-126 und der Bernhard-Nocht-Straße 16-24 Raumbelagung, Mieten, Instandhaltung, Zugangsmöglichkeiten usw. und legte als übergeordnetes Ziel „selbstbestimmtes Wohnen auf gewaltfreier Grundlage“ fest. Als Vermieter trat die 1986 von der Stadt gegründete Johann Daniel Lawaetz-Stiftung auf.⁵ Das in Dohnanyis persönlicher Erklärung erhoffte „Wunder“ war eingetreten, und diese Charakterisierung wurde von den Medien bereitwillig aufgegriffen.⁶

Eine dauerhafte Befriedung allerdings war nicht eingeleitet. Dohnanyi schied im Juni 1988 aus dem Amt. Sein Nachfolger Henning Voscherau hatte dessen Kurs mit Skepsis verfolgt und vielfach öffentlich kritisiert.⁷ Ende 1990 setzte er dann die Räumung der Hafenstraße auf die Liste seiner Versprechen für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf. Als Begründung führte er u.a. Vorwürfe des Hamburger Verfassungsgerichtspräsidenten Helmut Plambeck an, der Senat dulde einen rechtsfreien Raum und verstoße damit gegen den Amtseid.⁸ Bereits die beiden Jahre zuvor waren von kleineren und größeren Krisen geprägt gewesen, von regelmäßigen Polizeieinsätzen und Versuchen der Stadt, wegen angeblicher Verstöße gegen das Verbot von Gewalttaten die Kündigung der Mieter gerichtlich

⁴ Vgl. Hafenstraße bleibt! aktuell, Erklärung des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße, der Bewohner/innen und des Offenen Plenums, o. D. [17.11.1987], im Besitz der Verfasserin, abgedruckt u.a. auch in: *HA*, 19.11.1987, S. 4. Vgl. auch Abbau der Barrikaden nach Rücktritts-Ehrenwort, in: *taz* Extra-Ausgabe zum Hafenstraßen-Konflikt, 19.11.1987.

⁵ Vgl. Das sind die wichtigsten Passagen im Vertrag, in: *HA*, 19.11.1987, S. 3. Die Anzahl der Häuser, die zur „Hafenstraße“ gerechnet werden, schwankt in verschiedenen Publikationen. Das ergibt sich aus der architektonischen Situation. Einmal vier und einmal zwei Häuser sind in Häuserblöcken zusammengebaut (der „6er-Block“ und der „Mittelblock“ in der Diktion der Bewohner). Die vorliegende Darstellung orientiert sich an der Zahl der Hauseingänge. Fehlende Hausnummern gehen auf durch Bombenschäden verursachte Baulücken zurück.

⁶ Vgl. z. B. Peter Kruse, Die Wende zum Wunder?, in: *HA*, 19.11.1987, S. 2; „Das Wunder“. Hafenstraße. Die Barrikaden sind weg, in: ebd., S. 3; Wunder oder Illusion. Hafenstraße: Schlichter Dohnanyi, in: *DER SPIEGEL* Nr. 48 (23.11.1987), Titelseite; Rudolf Augstein, Das Wunder von Hamburg, in: *DER SPIEGEL* Nr. 20 (16.5.1988). Vgl. zum positiven Echo auf den Schritt Dohnanyis in der Öffentlichkeit auch: Hafenstraße: „Sie sind das C in der SPD“, in: *DER SPIEGEL* Nr. 48 (23.11.1987), S. 24-31, kritisch zur „Erpressbarkeit“ des Bürgermeisters und zur Dauerhaftigkeit der beschlossenen Regelungen dagegen vor allem die CDU: vgl. Stenographische Berichte der Bürgerschaft zu Hamburg, 13. Wahlperiode, 25.11.1987, S. 633, 638f.

⁷ Vgl. zu Voscheraus Haltung u.a.: Darum trat Voscherau zurück, in: *HA*, 8.9.1987, S. 3, Voscherau stoppt den Bürgermeister, ebd., 29.9.1987, S. 3, seine Rede in der Bürgerschaft am 11. November 1987, in: Stenographische Berichte, S. 609f., sowie: Völlig zu, in: *DER SPIEGEL* Nr. 42 (23.11.1988), S. 47-51.

⁸ Vgl. Voscheraus Neujahrswunsch: Hafenstraße räumen, in: *HA*, 29.12.1990, S. 3.

durchzusetzen, stets begleitet von einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien. Auf der anderen Seite kämpften die Bewohner und ihre Unterstützer mit immer neuen Aktionen für den Erhalt der Häuser.

Die verschärfte Rhetorik aus den Anfängen seiner Zeit als Bürgermeister konnte Voscherau nicht durchhalten und gestand im Februar 1994 in einem ungewöhnlichen Schritt öffentlich ein, dass er angesichts des Stimmungswandels in der Stadt keine politische Handhabe für eine Räumung mehr sehe: „Wichtige Persönlichkeiten und Institutionen der Stadt, die die Folgen nicht zu verantworten haben, geben milde Ratschläge und empfehlen, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. [...] Hat der Senat, habe ich selbst angesichts dieser Verbesserung der Lage und eines in Teilen der Bevölkerung spürbaren Stimmungsumschwungs den Rücken noch frei für eine Lösung mit harter Hand? Und falls nein, wie soll ich mich als Bürgermeister dazu stellen, wenn in der Öffentlichkeit die Grundlagen meiner klaren Aussagen bröckeln?“ Er bot nun an, den Plan einer Räumung fallen zu lassen, wenn der bevorstehende Bau von Sozialwohnungen auf Freiflächen neben den besetzten Häusern nicht gestört werde.⁹

Der Konflikt zwischen den Bewohnern der Häuser und der Stadt endete endgültig im Dezember 1995 durch den von Stadtentwicklungssenator Thomas Mirow (SPD) ausgehandelten Verkauf der umstrittenen Immobilien an die eigens gegründete Genossenschaft „Alternativen am Elbufer“. Welche politischen Leidenschaften das Thema immer noch hervorrief, zeigte sich in der Bürgerschaftsdebatte und der anschließenden Abstimmung, bei der 64 Ja-Stimmen 50 Ablehnungen bzw. Enthaltungen auch aus der SPD-Fraktion gegenüberstanden.¹⁰

Rückblickend stellt sich die Frage, weshalb „die Hafensstraße“ in Hamburg, auf nationaler und sogar internationaler Ebene eine solch große Bedeutung erlangte und zu einem politischen Brennpunkt wurde.¹¹ Hier versuchten seit dem Beginn der Besetzung im Oktober 1981 rund einhundert Menschen, eine an eigenen Vorstellungen orientierte Gemeinschaft aufzubauen und gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Die Besetzer mit ihren bunten Häusern wurden dabei zu einem Symbol, mit dem jeder je nach persönlichem oder politischem Standpunkt etwas Anderes verband: Die Hafensstraße und ihre Bewohner wurden

⁹ Vgl. Voscheraus Angebot, in: *HA*, 25.2.1994, S. 1; Henning Voscherau, Darum bekommt die Hafensstraße noch eine Chance, in: ebd., S. 11 (Zitat ebd.).

¹⁰ Vgl. Hafensstraße. Der Schlussstrich, in: *Hamburger Morgenpost*, 18.1.1996; Hafensstraße: Der Weg ist frei, in: *HA*, 18.1.1996, S. 1.

¹¹ Anfang 1996 berichtete sogar die *New York Times* über den Verkauf der Häuser: vgl. Stephen Kinzer, Squatters Win! (A Checkbook Did It), in: *The New York Times*, 5.1.1996.

weit über Hamburg hinaus zu einer Projektionsfläche und hoben sich damit von Hausbesetzungen in anderen bundesdeutschen Großstädten ab.¹² Die einen sahen die Häuser als Provokation, „rechtsfreien Raum“ oder gar Terroristennest; andere erhoben sie zur Ikone des politischen Widerstandes, betrachteten sie als „befreites Gebiet“ oder Ort gelebter Solidarität. Im Folgenden werden drei Thesen vorgestellt, die dies näher ausführen. Demnach erhielt „die Hafenstraße“ ihren besonderen Charakter

1. wegen der exponierten geographischen Lage an einem städtebaulich sensiblen Punkt direkt an der Elbe,
2. wegen der nicht zuletzt durch diese Lage bedingten Möglichkeiten der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit durch die Bewohner. Das Echo bei Teilen der Politik und die zum Teil überzogene Berichterstattung in den Medien verstärkten die Außenwirkung und förderten die Solidarität von Außenstehenden,
3. weil die Bewohner der Hafenstraße mit ihrem Verhalten, ihrer Lebensweise und ihren Visionen einen Bezug zu vielen Menschen und Gruppen schufen, deren Spektrum weit über die üblichen Unterstützerkreise von Hausbesetzungen hinausging.

1. Die Perlenkette – Hamburgs Visionen vom Elbufer

Erste Überlegungen zu einer grundlegenden Umgestaltung des nördlichen Elbufers von Neumühlen bis zu den Wallanlagen finden sich bereits im „Dritten Reich“. Konstanty Gutschow gewann den 1937 dafür ausgeschriebenen Wettbewerb und fungierte danach als „Architekt des Elbufers“. Für den Bereich der Hafenstraße in St. Pauli plante Gutschow repräsentative Kontorhäuser statt des „unordentliche[n] Haufen[s] von Häusern“, der sich seiner Meinung nach dort befand. Der Zweite Weltkrieg verhinderte die Realisierung der Bauvorhaben.¹³ Als Egbert Kossak, der ab 1981 das Amt des Hamburger Oberbaudirektors bekleidete, von seiner Vision des Elbufers als „Perlenkette“ sprach, weckte dieser Begriff bei seinen Kritikern Assoziationen zu Gutschows Plänen. So sprach Jan Philipp Reemtsma, der

¹² Vgl. zum gesellschaftspolitischen Hintergrund mit einem Schwerpunkt auf der Entwicklung in Berlin Freia Anders, Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983, Göttingen 2010, S. 473-498.

¹³ Vgl. Gisela Dressler, Das „Dritte Reich“ im Stadtteil, in: St. Pauli Archiv e.V. (Hrsg.), Im Schatten des großen Geldes. Wohnen auf St. Pauli, Hamburg 1990, S. 29-39; Michael Herrmann/Hans-Joachim Lenger/Jan Philipp Reemtsma, Tabula rasa in mehreren Versuchen. Zur Geschichte des „städtebaulichen Konzepts“, in: Michael Herrmann/Hans-Joachim Lenger/Jan Philipp Reemtsma/Karl Heinz Roth, „Hafenstraße“. Chronik und Analysen eines Konflikts, Hamburg 1987, S. 15-37, hier S. 15f.

im Frühjahr 1987 vorübergehend angeboten hatte, der Stadt die Häuser abzukaufen und einvernehmlich mit den Bewohnern zu sanieren, bildhaft von einem „Maul der Stadt“ am Elbrand, welches durch die nationalsozialistischen Planungen ein neues „Gebiß“ erhalten sollte, deren faule Zähne jedoch durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen erhalten geblieben und nun Gegenstand einer weiteren „Wurzelbehandlung“ sein sollten.¹⁴ Kossak orientierte sich allerdings in seinen planerischen Vorstellungen viel eher an Fritz Schumacher, der als Baudirektor in Hamburg von 1909 bis 1933 gewirkt hatte.

Wichtiger für den späteren Konflikt um die Hafensstraße waren städtebauliche und soziale Entwicklungen der 1970er Jahre, nämlich das zunehmende Interesse öffentlicher und privater Hausbesitzer an der Renovierung oder dem Abriss von Altbaukomplexen. Dem ging oft eine längere Zeit des Leerstands und Verfalls voraus, während gleichzeitig der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zunahm.¹⁵ Zu Beginn der 1970er Jahre war in dem an St. Pauli angrenzenden Bereich von Altona-Süd ein durch Kriegszerstörungen geschädigtes Viertel komplett abgerissen und durch eine monolithische und hochverdichtete architektonische Moderne ersetzt worden.¹⁶ St. Pauli selbst gehörte zu den Gebieten, die das „Städtebauförderungsprogramm“ des Senats aus den frühen 1970er Jahren zur Sanierung auswies. Außerdem war das Gebiet im Flächennutzungsplan und dem „Ordnungsplan Zentrale Standorte“ von 1973 als Cityerweiterungsgebiet vorgesehen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA siedelte zur Sanierungsvorbereitung in St. Pauli Einwohner aus ihren Häusern in die 1972 fertiggestellte Hochhaus-Großsiedlung am Osdorfer Born im Hamburger Westen um. Die Häuser am Hafensrand sollten entmietet und abgerissen werden. An ihrer Stelle waren Neubauten für die Konzernzentrale von Tchibo und später Gruner + Jahr vorgesehen.¹⁷

Viele Bewohner in St. Pauli waren beim Thema Entmietung und Abriss frühzeitig sensibilisiert. Sie hatten eine starke Bindung an ihr Wohngebiet und fürchteten, Opfer der Umstrukturierungsmaßnahmen zu werden. In St. Pauli hatte sich daher schon in den 1970er Jahren dagegen Widerstand geregt. Bewohner des Viertels gingen mit Transparenten wie „St. Pauli-Süd soll sterben – Was soll aus den Mietern werden?“ an die Öffentlichkeit. Die

¹⁴ Jan Philipp Reemtsma, Das Maul der Stadt, in: Herrmann/Lenger/Reemtsma/Roth, „Hafensstraße“, S. 104-126, hier S. 105. Briefwechsel Reemtsmas mit dem Senat ebd. Zur Kritik an der These einer städtebaulichen Kontinuität von Gutschow zu Kossak und anderen geschichtspolitischen Anläufen, mit Blick auf die Hafensstraße Beziehungen zur Endphase der Weimarer Republik und der NS-Zeit herzustellen vgl. Grolle, Hafensstraßenkonflikt, S. 144-158.

¹⁵ Vgl. Michael Grüttner, Wem die Stadt gehört. Stadtplanung und Stadtentwicklung in Hamburg 1965-1975, Hamburg 1976, S. 127-196.

¹⁶ Der ‚Hexenberg‘ liegt direkt an der St. Pauli von Altona trennenden Straße Pepermölenbek.

¹⁷ Vgl. Grüttner, Wem die Stadt gehört, S. 144f., 148; Herrmann/Lenger/Reemtsma, Tabula rasa, S. 17.

Initiative zur Besetzung der Häuser der SAGA an der Hafensstraße durch eine Gruppe von Menschen ganz unterschiedlicher geographischer und gesellschaftlicher Herkunft – Jugendliche, Anarchisten, „Autonome“, „Antiimperialisten“, Künstler u.a. – ist in diesem Zusammenhang zu sehen.¹⁸

2. Sprechende Wände und das Schlagwort von der „RAF in der Hafensstraße“

1982 wandten sich die Besetzer erstmals von den Fassaden aus an die Öffentlichkeit. Nach einem Jahr „stiller Besetzung“ machten sie ihre Anliegen mit aus den Fenstern gehängten Transparenten öffentlich. Meinungsäußerungen in Form von Transparenten, Graffiti und Wandbildern waren zwar auch bei anderen besetzten Häusern schon eine übliche Form der Kommunikation gewesen, entwickelten sich in der Hafensstraße jedoch zu einem Markenzeichen, an dem sich immer wieder Kontroversen entzündeten. Allein durch die exponierte geografische Lage an einer viel befahrenen Straße am Hafen und durch die perspektivische Weite, die durch die Lage am Fluss entstand, richteten sich viele Augen Einheimischer und Auswärtiger auf die Bilder und Parolen der Hafensstraßenbewohner. Die großflächigen Bilder und politischen Stellungnahmen taten ein Übriges, um Aufsehen auch jenseits der Stadtgrenzen zu erregen. Zwar waren nicht alle Malereien und Parolen von Anfang an auch als Provokation gemeint, sondern spiegelten auch die Bandbreite der Ansichten und Einstellungen der Bewohner wider: „Außerdem wollten wir ja auch ein bißchen Farbe in den Stadtteil bringen. Das war alles so trist und grau hier. Wir hatten aber auch einfach Spaß daran, weil wir schon vorher an der Wand gearbeitet haben und die restauriert hatten, und dann wollten wir die auch noch ein bißchen schöner machen.“¹⁹

So war gerade die berühmteste erste Wand vor allem als Ausdruck eines Lebensgefühls entstanden. Gleichwohl beinhaltete schon dieses bunte Potpourri an Bildern, Symbolen und politischen Losungen – „Kriminelle aller Länder vereinigt euch“ stand neben „Love is a battlefield“ – für viele Hamburger etliche Affronts. Politische Gegner wie etwa der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft, Frank-Michael Wiegand, griffen das Portrait des 1977 von der Rote Armee Fraktion (RAF) entführten und getöteten Arbeitgeberpräsidenten und ehemaligen SS-Untersturmführers Hanns Martin Schleyer heraus

¹⁸ Vgl. zur sozialen Struktur der Bewohner Simone Beate Borgstede, Der Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen. St. Pauli Hafensstraße, 1981 bis 1987, in: *Das Argument* 52 (2010), H. 289, S. 849-858, hier S. 850f.

¹⁹ Zitiert nach Monika Sigmund/Marilyn Stroux, Zu bunt. Wandbilder in der Hafensstraße, Hamburg 1996, S. 10.

und brandmarkten die Darstellung als „zynisch“ und „menschenverachtend“.²⁰ Auch in der Hafensstraße selbst wurde das Bild von manchen Bewohnern kritisiert, allerdings aus anderen Gründen: „Ja, ich will die Fresse jeden Morgen nicht sehen!“²¹ Das *Hamburger Abendblatt* beschrieb die bemalte Wand 1987 als „Ein buntes Bild voll Horror“ und ließ die verwendete Symbolik von dem Verfassungsschutzexperten Ernst Uhrlau begutachten.²²

Das Wandbild hatte einen hohen Wiedererkennungswert, und es gab kaum einen Bericht in den Medien oder ein Flugblatt zum Thema Hafensstraße, in es nicht abgebildet war. Unzählige Postkarten wurden von der Wand als Ganzes oder von einzelnen Elementen gedruckt – zuerst von Seiten der Sympathisanten, seit den 1990er Jahren jedoch zunehmend auch von Hamburger Ansichtskartenverlagen. Sicherlich lag die Popularität des Wandbildes vor allem darin begründet, dass dies die erste bemalte Wand war und für die „Hafensstraße“ damit quasi zum Sinnbild wurde. Zudem lag die Giebelwand für die Allgemeinheit wie für Fotografen weithin sichtbar neben einer Freifläche und war auch von der Elbe aus gut zu erkennen.

Dieser ersten Wand folgten viele weitere, die in der Öffentlichkeit unterschiedlich stark rezipiert wurden und unterschiedliche Formen staatlicher Reaktion hervorriefen. Immer wieder rückten große Polizeiaufgebote an, um Parolen oder Bilder zu übermalen. Die kürzeste Lebensdauer hatte im Herbst 1986 eine Parole an der Giebelwand des Hauses St. Pauli-Hafensstraße 120: Bereits nach drei Tagen wurde „18.10.77 Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Raspe, Ingrid Schubert in Stammheim hingerichtet von den faschistischen Bonner Mördersäuen Schmidt, Genscher, Vogel, Rebmann & Co / Solidarität heisst Kämpfen / Solidarität mit der RAF“ unter dem Schutz von fünf Hundertschaften Polizei übermalt.²³ Mit solchen Aussagen dürfte sich sicherlich nur ein sehr geringer Teil der Hamburger identifiziert haben, aber die massive staatliche Gegenreaktion und der weitere Umgang der Bewohner mit der geschwärzten Fläche schuf auch neue Sympathien: Die weiterhin erkennbare schwarze Übermalung wurde als Hintergrund einer Aussage zu der umstrittenen Volkszählung im Mai 1987 genutzt: „Zählt nicht uns sondern eure Tage“.²⁴

²⁰ Presseerklärung von Dr. Frank-Michael Wiegand vom 17.8.1988, zitiert nach Jan Philipp Reemtsma, Die andere Wand. Über die Parole „Boykottiert 'Israel!'“ an einem der Häuser der Hamburger Hafensstraße (August 1988), in: ders., u.a. Falun. Reden & Aufsätze, Berlin 1992, S. 147-153, hier S. 147f.

²¹ Zitiert nach Sigmund/Stroux, Zu bunt, S. 12.

²² Vgl. Ein buntes Bild voll Horror, in: *HA*, 5.8.1987, S. 1; Hafensstraße – Die Macht der Rote-Armee-Fraktion. Ernst Uhrlau kennt alle Zeichen der Gewalt, in: ebd., S. 3.

²³ Vgl. die Abbildung in: Sigmund/Stroux, Zu bunt, S. 16, 18.

²⁴ Vgl. die Abbildung in: Sigmund/Stroux, Zu bunt, S. 24.

Ebenfalls starke Reaktionen rief ein Wandbild im Jahr 1988 hervor. Die von der palästinensischen Intifada inspirierte Losung: „Boykottiert ‚Israel‘! Waren, Kibbuzim + Strände / Palästina – Das Volk wird dich befreien / Revolution bis zum Sieg“ wurde zur wohl umstrittensten Wandparole in der Geschichte der Hafensstraße.²⁵ Die Äußerung rief von vielen Seiten Widerspruch hervor – der Vorwurf des Antisemitismus stand schnell im Raum. Zu Recht wurde auch von linker Seite kritisiert, dass die Schreibweise des Wortes Israel in Anführungszeichen das Existenzrecht des Staates in Frage stellte. Die direkte Analogie, die Menschen unterschiedlichster politischer Ausrichtung zwischen dem Boykott israelischer Waren und der nationalsozialistischen Aufforderung, nicht ‚beim Juden zu kaufen‘, zogen, wurde in der öffentlichen Diskussion nur von wenigen geteilt.²⁶ Der Senat setzte im Juli eine Frist und Bürgermeister Voscherau drohte mit Räumung, falls die Bewohner die Übermalung behinderten. Als am 31. August die Maler unter dem üblichen Polizeischutz anrückten, trafen sie nicht auf Widerstand. Das Ende der Auseinandersetzung bedeutete dies jedoch nicht. Die Bewohner der Hafensstraßenhäuser hängten Transparente mit einer Resolution der UN-Generalversammlung von 1975 an das Baugerüst, in der Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnet worden war, und setzten die israelische Politik in den besetzten Gebieten mit derjenigen Südafrikas gleich. Gleichzeitig tauchten überall in der Stadt Plakate, Transparente und Graffitis auf, in der die überpinselte Parole zitiert wurde.²⁷

Voscherau wertete die Übermalung als Erfolg seiner Politik. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Willich beklagte dagegen, man habe „[f]ünf Monate zu lange [...] eine nicht zu überbietende moralische und politische Herausforderung ertragen müssen, für die sich die ganze Stadt geschämt hat. In ganz Deutschland gibt es für diese Schande kein Beispiel.“²⁸ In der öffentlichen Diskussion mischten sich inhaltliche Argumente mit den Interessen der Akteure. „Daß die Parole verschwinden sollte, sagten vor allem jene, die die Wand meinten, auf der sie stand, und mit ihr die Bewohnerinnen und Bewohner, die hinter dieser Wand wohnen. Und die auf anderen Wänden die Parole ‚Hafensstraße bleibt!‘ für einen Gewinn an politischer Zivilisation halten, müssen die Tatsache begrüßen, daß die Wand noch steht, aber die Parole nicht mehr auf ihr. Und die sie entfernen ließen, hatten als einzige kein

²⁵ Vgl. die Abbildung in: Sigmund/Stroux, *Zu bunt*, S. 26.

²⁶ Vgl. Sigmund/Stroux, *Zu bunt*, S. 27-31; Reemtsma, *Die andere Wand*, S. 147-153.

²⁷ Vgl. *Ein Erfolg an der Hafensstraße?*, in: *HA*, 1.9.1988, S. 3; Sigmund/Stroux, *Zu bunt*, S. 29.

²⁸ *Ein Erfolg an der Hafensstraße?*, in: *HA*, 1.9.1988, S. 3. Die fünf Monate bezogen sich auf die Zeit von der Bemalung der Wand bis zur Übertünchung der Parole.

Recht, sich über sie zu empören“,²⁹ fasste Jan Philipp Reemtsma die Gemengelage der Äußerungen und Absichten zusammen.

In der Hafensstraße selbst lösten die Reaktionen einen Diskussionsprozess aus: „Das Spannende war, daß wir selber noch mal ganz anders über die ganze Geschichte geredet haben. Und natürlich gab es eine Entwicklung in dem, wie wir uns dazu äußern konnten. Also, daß wir genauer und differenzierter werden konnten. Ich selber hab das dann irgendwann so empfunden, wenn die nicht sowieso die Wand übergemalt hätten, dann wäre ich da hochgekraxelt, um diese Anführungszeichen wegzumachen,“ reflektierte eine der Aktiven später in einem Interview. „Für mich hat sich auch die Frage gestellt: Was heißt das eigentlich ‚internationale Solidarität‘ oder ‚Nationalismus‘. Heißt das, daß man einfach alles nachplappert [...] was irgendwo von einer Befreiungsbewegung [...] kommt [...]?“³⁰

Das Beispiel der Israel-Parole unterstreicht, dass die Bewohner der Hafensstraßenhäuser gerade bei konkreten politischen Forderungen keineswegs einen ideologisch festgefühten monolithischen Block bildeten.

Die Bereitschaft, die eigene Haltung zu hinterfragen, Fehler zuzugeben, in eine größere Diskussion einzubinden und neu zu überlegen, erzeugte bei anderen Menschen Sympathien. Gleichzeitig sorgte die Vehemenz, mit der der Hamburger Staat die Auseinandersetzung führte und mit der das Thema Hafensstraße in den Medien verhandelt wurde, für viel öffentliche Aufmerksamkeit. Anläufe von staatlicher Seite, Bewohner und Sympathisanten auseinander zu dividieren, verkehrten sich dadurch mitunter ins Gegenteil.

Das gilt besonders für das Schlagwort von der „RAF in der Hafensstraße“. Seit 1985 tauchte in der Presse die Anschuldigung auf, man finde in der Hafensstraße den „legalen Arm der RAF“. Am 16. Oktober 1985 erklärte der Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, in einem Exklusiv-Interview in der *tageszeitung*, dass einige Bewohner der RAF zuzurechnen seien.³¹ Drei Jahre später erläuterte er im „Politischen Untersuchungsausschuß Hafensstraße“, seine Intention habe darin bestanden, innerhalb der Häuser eine Entsolidarisierung zu erreichen. Das Kalkül war jedoch nicht aufgegangen: „Es war der letzte Versuch, und der ging schief.“³² Dennoch schwang man die Keule „RAF in der Hafensstraße“ weiter, um die Bewohner zu diskreditieren. So begleiteten solche Parolen auch

²⁹ Reemtsma, *Die andere Wand*, S. 151.

³⁰ Interview mit Bewohnern zum Thema Palästina-Parole, in: Sigmund/Stroux, *Zu bunt*, S. 29f.

³¹ Vgl. RAF Hamburg zieht in die Hafensstraße, in: *taz*, 16.10.1985.

³² Wortprotokoll des Leiters des Landesamtes für Verfassungsschutz Christian Lochte vor dem PUA Hafensstraße, o.O. [Hamburg] 1988, o. P.

die Verhandlungen, die Bürgermeister von Dohnanyi 1987 mit Vertretern aus den Häusern führte.³³

Ein letzter Höhepunkt war am 15. Mai 1990 erreicht, als die Häuser auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft durchsucht und große Mengen Material abtransportiert wurden. Die Aktion, an der über 2.000 Polizisten und der Bundesgrenzschutz beteiligt waren, dauerte zehn Stunden. Im September des Jahres meldete sich dann nicht der Generalbundesanwalt, sondern der *Stern* und präsentierte die Ergebnisse der Auswertung am 13. September und am 20. September sogar als Titelstory: Ein doppelseitiges Foto zeigte die abgeriegelte Hafensstraße vom Mai; über der Überschrift „Die neue Offensive“ mit dem RAF-Emblem waren Politiker und Wirtschaftsmanager zu sehen. Der *Stern* sprach von „Todesplänen aus der Hamburger Hafensstraße“, die zur Vorbereitung von Anschlägen erstellt worden seien. Konkret wurden markierte Stadtpläne genannt, die auf geplante Attentate – unter anderem auf Bundeskanzler Helmut Kohl – hindeuteten. Angeblich belegten die Funde, daß die Hafensstraßen-Häuser, über deren Räumung seit zehn Jahren gestritten wurde, wohl eine entscheidende Basis für die RAF seien.³⁴ Außerdem seien ehemalige Bewohner der Häuser bei der RAF aktiv.

In der Hamburger Bürgerschaft kamen zwei von der CDU beantragte Aktuelle Stunden zum Thema „RAF-Befehlszentrum Hafensstraße“ bzw. „Aussagen des Präsidenten des Bundeskriminalamtes zur Hafensstraße“ nicht zustande, weil keine Zeit mehr für eine Debatte zur Verfügung stand.³⁵ Der Bundestag debattierte am 19. September 1990 über die angeblichen „Planungen für terroristische Anschläge der RAF und der Hamburger Hafensstraße auf führende Politiker und Wirtschaftsführer“.³⁶ „Es kann keinen Zweifel daran geben, dass in der Hafensstraße eine der wichtigen Logistik-Zentralen der RAF bestand“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, und forderte auf der Linie des *Stern*: „Die Häuser müssen geräumt werden, als nächstes müssen die baurechtswidrigen und baufälligen Gebäude umgehend von der Erdoberfläche verschwinden.“

³⁷ Die anderen Parteien schlossen sich der Bewertung der Häuser als „terroristisches“

³³ Vgl. ausführlich auch Werner Lehne, Der Konflikt um die Hafensstraße. Kriminalitätsdiskurse im Kontext symbolischer Politik, Pfaffenweiler 1994, und beispielhaft die in Anm. 18 genannten Artikel des *Hamburger Abendblattes* vom 5. August 1987. Insgesamt thematisierte die Zeitung in dieser Ausgabe die „RAF in Hamburg“ über vier Seiten hinweg.

³⁴ Im Fadenkreuz der RAF, in: *Stern*, 13.9.1990 (Zitat ebd.); Die neue Offensive, in: *Stern*, 20.9.1990. [*Stern* Titel: Die Todesliste der RAF].

³⁵ Vgl. Stenographische Berichte der Bürgerschaft zu Hamburg, 13. Wahlperiode, 19.9.1990, S. 5155, 28.11.1990, S. 5375.

³⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 225. Sitzung, 19.9.1990, S. 17772-17785.

³⁷ Ebd., S. 17772.

Serviceunternehmen zwar nicht an, teilten aber bis auf die Grünen den Wunsch, umgehend zu räumen. Unklar blieb, wie die geheimen Ermittlungsunterlagen in die Hände des *Stern*-Reporters gelangt waren. Der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch vermutete eine gezielte „Informationspolitik“ des Bundeskriminalamtes,³⁸ während der Generalbundesanwalt zuvor bedauern ließ, dass die Presse im Besitz einschlägiger Unterlagen sei, obgleich die Ermittlungen noch andauerten.³⁹

Die Hafenstraßenbewohner selbst sprachen in einer Presseerklärung von vom Staatsschutz lancierten Lügen: „Wer hier lebt, ist nicht RAF– nicht 130, nicht 30, nicht 10 –. Niemand von uns hat irgendetwas in irgendeinen Stadtplan gemalt, um jemanden (sei es Kohl, Reuter oder sonstwer [sic]) in die Luft zu sprengen oder abzuschießen. Wir sind kein Ausspähungsunternehmen für niemanden.“⁴⁰ Und auch die RAF meldete sich zu Wort: „so, jetzt liegen also angeblich unsere aktionspläne in der hafenstraße, mehr noch, wir hätten dort unsere ‚kommandozentrale‘“, begann eine Erklärung lakonisch, in der die Darstellung in der Presse ebenfalls als Konstrukt bezeichnet wurde. „wir sagen gegen diese lüge: es gab und gibt keine pläne von uns in der hafenstraße, noch gibt es ‚legale‘ mitglieder der raf – weder im hafen, noch gibt es die überhaupt.“⁴¹ Bewohner der Hafensstraße besetzten am 16. Oktober 1990 die Kantine von Gruner & Jahr, aber auf ihre Forderung nach einer Gegendarstellung im *Stern* ging die Verlagsleitung nicht ein.

Die Bundesanwaltschaft stellte die Ermittlungen später stillschweigend ein und gab 1995 das beschlagnahmte Material wieder zurück. Letzten Endes hatte die „RAF in der Hafensstraße“-Konstruktion nicht die von den politischen Gegnern erhoffte Wirkung. Die überzogenen Behauptungen erzeugten eher einen gegenteiligen Effekt.

3. Eine ungewöhnliche Ausstrahlung

Die Bewohner der Hafensstraße erreichten mit ihren politischen und gesellschaftlichen Anliegen und durch die Art und Weise, wie sie ihren Alltag gestalteten, viele Einzelne und organisierte Gruppen, deren Spektrum über die üblichen Unterstützer von Hausbesetzungen hinausging. Sicherlich bot St. Pauli dabei eine gute Ausgangslage: In dem Stadtteil, der historisch durch Armut, staatliche Ausgrenzung, aber nicht zuletzt aufgrund der Hafennähe

³⁸ Ebd., S. 17774.

³⁹ Presseerklärung des Generalbundesanwalts, 11.9.1990.

⁴⁰ Presseerklärung der Hafensstraße, 14.9.1990, Schreibweise im Original.

⁴¹ Erklärung der rote armee fraktion, 24.9.1990, Schreibweise im Original.

auch durch Offenheit und Vielfalt geprägt war, wirkten die Hausbesetzer nicht im gleichen Maße als Fremdkörper, wie dies an anderen Orten der Fall gewesen wäre. Dass sie von Seiten der Stadt nicht viel zu erwarten hatten, war eine Erfahrung, die viele St. Paulianer teilten.⁴² So waren die meisten Ortsansässigen auch nicht per se gegen die Menschen in den bunten Häusern eingestellt, sondern ärgerten sich eher über die polizeilichen Maßnahmen, die auch ihnen das Leben schwer machten. Als 1986 acht Großeinsätze innerhalb von wenigen Wochen die Gegend immer wieder zum Sperrgebiet machten und die Anwohner Umwege, Wartezeiten und andere Schikanen in Kauf nehmen mussten, gründete sich die Initiative „Nachbarn für die Hafensstraße“.⁴³ Einen weiteren Grund hatte das Engagement der Anwohner darin, dass die Existenz der Hafensstraße die Sanierungsbestrebungen in St. Pauli-Süd tatsächlich verlangsamt hatte. Schließlich fürchteten fast alle nach dem Verschwinden der Häuser eine Erhöhung der Mieten.

Gleichzeitig lernten im Lauf der Zeit auch die Hausbesetzer, ihre direkte Umgebung und deren Bedürfnisse bei ihren Aktionen zu berücksichtigen. 1987, als sie in der heißen Phase in den umliegenden Straßen Barrikaden errichtet hatten, „erkannten die Besetzer/innen erst spät, dass sie ihren Nachbar/innen gegenüber zu ‚Besatzern‘ geworden waren“.⁴⁴ Vor allem ältere Menschen trauten sich nicht mehr vor die Tür, Rollstuhlfahrer und Pflegedienste konnten die Sperren kaum passieren, ebenso wie die städtische Müllabfuhr. Auch hatten die Erbauer der Barrikaden als Material zum Beispiel das Mobiliar der anliegenden Schule verwendet: „Wir haben die Barrikaden gebaut, um uns besser gegen eine drohende Räumung schützen zu können. Unsere Erfahrungen der letzten Tage haben gezeigt, daß viele dies verstehen und uns in der Verteidigung der Häuser unterstützen. Da wir nicht wissen, wie lange dieser Belagerungszustand noch andauern wird, wollen wir gemeinsam mit Ihnen, unseren Nachbarn, die entstandenen Probleme gemeinsam lösen: Am wichtigsten ist uns im Moment die Schule, da dort im Laufe der letzten Tage einiges schief gelaufen ist. Wir bedauern die Vorfälle und laden Sie für heute abend um 19 Uhr ins Nachbarschaftsheim ein.“⁴⁵ In den darauffolgenden Gesprächen fanden Eltern, Schulleitung und Besetzer eine gemeinsame Lösung. Die Barrikaden auf dem Schulhof wurden zurückgebaut, die Schulkinder auf ihrem Weg zur Schule begleitet und Geld für das zerstörte Mobiliar

⁴² Vgl. u.a. Helene Manos, Soziale Lagen und soziale Fragen im Stadtteil Sankt Pauli, Hamburg 1989.

⁴³ Vgl. Eine Nachbarschafts-Initiative wirbt für die Hafensstraße – „Bedroht fühlen wir uns nur durch die Polizei“, in: *Hamburger Rundschau*, 4.12.1986.

⁴⁴ Borgstede, Kampf, S. 855.

⁴⁵ Schüler Eltern Lehrer; Flugblatt der Hafensstraße vom November 1987 in Deutsch und Türkisch; im Besitz der Verfasserin.

gesammelt.⁴⁶ Damit wurde das Ideal der Selbstverwaltung, welches die Besetzer für ihre Gemeinschaft in Anspruch nahmen, auch nach außen hin praktiziert.

In späteren Jahren entspannte sich die Atmosphäre weiter. Im Frühjahr 1994 widmete der Gemeindebrief der St. Pauli-Kirche dem Thema eine ganze Seite: „St. Pauli Hafensstraße – ein wichtiges Stück Leben im Stadtteil“. Die beiden für St. Pauli-Süd zuständigen Pastoren sprachen sich darin gegen eine Räumung aus und betonten: „Wir haben die Bewohnerinnen und Bewohner der Hafensstraßenhäuser schätzen gelernt als engagierte Menschen in diesem Brennpunkt. Als direkte Nachbarn, räumlich nur wenige Meter entfernt von den Hafensstraßenhäusern, haben wir erlebt, wie Menschen von dort einspringen, helfen, etwas tun, wenn es nötig ist – Nachbarschaftshilfe.“⁴⁷

Während die Medien Bilder von verummten Autonomen zeigten, die Gewaltbereitschaft betonten oder die Bewohner als Parasiten darstellten, die auf Kosten anderer lebten, konnten Interessierte auch eine andere Seite kennenlernen. Die Redakteurin der Zeitschrift *Brigitte*, Petra Oelker, zeichnete 1993 ein Portrait jenseits von „Straßenschlachten, Autoaufbrüchen und Drogendealerei“. In ihrem Artikel betonte sie die Art und Weise, wie die Menschen zusammen lebten, und zitierte Sätze wie: „Jeder ist ´ne Persönlichkeit, alle Menschen sind ungleich, es gibt viele Wege, und die ergänzen sich dann. Das Gemeinsame, das versuchen wir hier in der Hafensstraße“, oder: „Wir brauchen keine Polizei, wir wollen unsere Konflikte selber lösen. Wenn einer klaut, gucken wir erst mal, warum der das gemacht hat.“⁴⁸ Matthias Wegner von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war wenige Wochen später ebenfalls mit bestimmten Vorstellungen zum Interview mit Hafensstraßenbewohnern erschienen: „Aber diese Bewohner verblüffen durch Sachlichkeit und Kompetenz. Der Eindruck, den die Hafensstraße kolportiert, erweist sich zumindest an diesem Tag als unzureichend.“⁴⁹

Inhaltlich wurden dabei aber keine Kompromisse gemacht. Die Bewohner äußerten lautstark ihre von der Mehrheit der Bevölkerung abweichenden Meinungen und beharrten auf Positionen außerhalb der geltenden Rechtsordnung, wenn sie etwa Gewalt als Mittel der (politischen) Auseinandersetzung verteidigten oder offen Haschisch verkauften. Sie betonten auch, dass das alltägliche Leben in den Häusern keine Idylle darstelle. Simone Borgstede fasst

⁴⁶ Borgstede, Kampf, S. 855f.

⁴⁷ St. Pauli-Hafensstraße – ein wichtiges Stück Leben im Stadtteil, in: St. Pauli-Kirche Gemeindebrief, Januar bis März 1994, im Besitz der Verfasserin.

⁴⁸ „Freiwillig geht hier keiner weg“, in: *Brigitte* H. 26 (1993), S. 78-86.

⁴⁹ Tante Hermines Sorgen. Deutsche Szene: Strittige Bauherrenmodelle in der Hafensstraße, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.3.1994.

dies so zusammen: „Den Bewohner/innen gelang es, eine sozio-kulturell-politische Einheit aufzubauen, die den herrschenden Konsens über die Repression von Hausbesetzungen aufbrechen ließ und gesellschaftlichen Raum für alternative Lebensformen jenseits von Verwertungsinteressen schuf.“⁵⁰

Die Bewohner der Hafensstraße orientierten sich an den Maximen Selbstbestimmung und Solidarität.⁵¹ Für viele Menschen wurde dies sichtbar und konkret, als sie in den frühen 1990er Jahren mit einem eigenen Plan für die Bebauung der östlichen Freifläche neben den Häusern an die Öffentlichkeit gingen. Die Vorschläge waren in Zusammenarbeit mit anderen im Stadtteil aktiven Personen und Einrichtungen entwickelt worden. Die Planungen der dafür gegründeten Genossenschaft, der auch Bewohner St. Paulis angehörten, sahen außer Wohnungen auch auf die Bedürfnisse des Stadtteils abgestimmte Gemeinschaftseinrichtungen vor, wie z. B. eine kommunale Stadtteilhalle, eine Stadtteilkantine, eine Kindertagesstätte und ein Bade- und Waschhaus, da viele Wohnungen in St. Pauli noch nicht über Bad oder Dusche verfügten bzw. etliche Menschen auf der Straße lebten.⁵²

Bei öffentlichen Diskussionen und auch hinter den Kulissen erfuhren die selbst ernannten Stadtplaner am Elbufer viel Unterstützung bei dem Projekt. Auch Prominente meldeten sich zu Wort: So unterstützte der Berliner Architekt Hinrich Baller die Planungen und gestaltete Baupläne für die Genossenschaft. Der Maler Friedensreich Hundertwasser zeichnete nach einem Besuch seine Version von dem Neubau am Elbrand. Sogar der Immobilienmogul und ehemalige Landesvorsitzende der FDP, Robert Vogel, setzte sich lautstark für die Genossenschaftsplanungen ein.⁵³

Die Stadt entwickelte ein eigenes Konzept, das auf sozialen Wohnungsbau setzte. Bürgermeister Voscherau erhob im Februar 1994 dessen ungestörte Umsetzung zur entscheidenden Frage.⁵⁴ Die umstrittenen Häuser sollten eine Chance erhalten, sofern die städtischen Baumaßnahmen nicht behindert würden. Mit der Dialog-Kommission der Patriotischen Gesellschaft, die sich bereits 1987 beim Thema Hafensstraße engagiert hatte, unterstützten einflussreiche Hamburger Bürger die von den Bewohnern favorisierte genossenschaftliche Lösung.⁵⁵ Mit der Billigung des Verkaufs an die Genossenschaft

⁵⁰ Borgstede, Kampf, S. 856.

⁵¹ Vgl. Borgstede, Kampf, S. 851.

⁵² Vgl. Baugruppe Hafensstraße, Neubauprojekt St. Pauli Hafensstraße, Hamburg 1993.

⁵³ Vgl. Millionäre unterstützen Hafensstraße, in: *Die Welt*, 5.12.1994, St. Pauli voller Misstrauen, in: *HA*, 5.-6.2.1994.

⁵⁴ Vgl. Anm. 8.

⁵⁵ Vgl. Hamburger Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Patriotische Gesellschaft von 1765 – Dialog-Kommission: Gedanken zu Vertragslösungen am Hafensrand, November 1994; Patriotische

Alternativen am Elbufer durch den Senat im Dezember 1995 und der Zustimmung der Bürgerschaft wenig später wurden die Häuser der Hafensstraße in eine Form überführt, die bis heute besteht.

Fazit

Der Konflikt um die Hamburger Hafensstraße prägte die politische Kultur der 1980er und 90er Jahre in der Hansestadt nachhaltig. Die rund einhundert Besetzer mit ihren bunten Häusern wurden zu einem Symbol, mit dem jede und jeder etwas anderes verband. Für die einen waren die umstrittenen Häuser eine Ikone des Widerstandes gegen einen als repressiv empfundenen Staat, für andere ein illegaler „rechtsfreier Raum“. Zwischen diesen Extremen existierten zahlreiche Sichtweisen, die sich in der Öffentlichkeit in unterschiedlichen Ausdrucksformen mal besonnener, mal aufgeregter Gehör verschafften. Die Bedeutung des Konfliktes liegt jedoch vor allem in den Chancen, die das Ringen um Bestandssicherung oder Abriss für alle Beteiligten eröffnete: Die Möglichkeiten, eingefahrene Sichtweisen zu verändern, ungewöhnliche Schritte zu unternehmen und Utopien zu verwirklichen.

Hamburg wäre ohne die Hafensstraße heute nicht nur in optischer Hinsicht weniger farbig. Die Bewohner der besetzten Häuser erweiterten mit ihren Aktivitäten das Spektrum dessen, was in der Metropole denk- und lebbar wurde. Ohne sie wären manche alternative Wohn- und Kulturprojekte der Gegenwart kaum möglich gewesen. Wenn heute die Karawane der Touristen an den Häusern vorbeizieht, sieht sie mehr als nur ein Relikt aus den politischen Kämpfen der 1980er und 1990er Jahre. Sie kann ein Stück der Offenheit und Toleranz darin erkennen, auf die die Hanseaten gemeinhin so stolz sind.